

„Angesichts der Folgen der internationalen Finanzkrise werden wir so viele Finanzmittel wie möglich mobilisieren müssen.“

Heidmarie Wiecek-Zeul, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Deutschland

Hat Deutschland einen Zeitplan zur Erreichung des Ziels von 0,51 % bis 2010 aufgestellt? **NEIN**

Wird Deutschland ohne Aufblähung seiner Zahlen das Ziel von 0,51 % erreichen? **NRO-Prognose: NEIN**

Deutschland erhöhte im Jahr 2008 den Anteil seiner Hilfsleistungen von 0,37 % des BNE auf 0,38 % und blieb damit vom Umfang her Europas wichtigstes Geberland. Grundlage hierfür war eine Steigerung um 14 % gegenüber dem Volumen von 2007. Die Bundesregierung ist jedoch weit davon entfernt, das gesteckte Ziel von 0,51 % bis 2010 zu erreichen. Hinzu kommt, dass der Schuldenerlass noch immer 19 % der offiziellen Entwicklungshilfe (Official Development Assistance, ODA) Deutschlands ausmacht. Nach Abzug des Schuldenerlasses stellte Deutschland unterm Strich nur 7,5 Mrd. € bzw. 0,31 % seines BNE bereit. Die Tatsache, dass Kosten für Studierende und Flüchtlinge noch in den 0,31 % enthalten sind, trägt weiter zur Aufblähung der deutschen ODA-Zahlen bei. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Umfang an echter Hilfe um mindestens 56 % erhöht werden muss, wenn Deutschland das Ziel für 2010 erreichen will.

Nach den im September 2009 anstehenden Bundestagswahlen wird die neue Bundesregierung das Budget für 2010 überprüfen müssen. Diese Chance sollte genutzt werden, um die Weichen dafür zu stellen, dass das Land das anvisierte Ziel von 0,7 % bis zum Jahr 2015 erreicht.

• Qualität der Entwicklungshilfe

Die Genderstrategie für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit wurde zunächst im Jahr 2001 aktualisiert und dann erneut im Rahmen des Gender-Aktionsplans (2009-2012), der eine verstärkte Umsetzung der Verpflichtungen zur Geschlechtergleichstellung vorsieht. Obwohl die deutsche EZ einen besonderen Fokus auf Genderfragen legt, hinkt die finanzielle Unterstützung weiter hinterher.

Deutschland ist für seine Praxis bekannt, allgemeine Informationen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Hinsichtlich der Dokumente und Daten zu Zahlungsflüssen und Vergabepaxis im Bereich der EZ mangelt es jedoch an Öffentlichkeit, und die Beurteilungen von Hilfsprojekten und -programmen sind zudem nur teilweise zugänglich. Darüber hinaus werden die Daten in einer Weise präsentiert, die einen Vergleich mit Zahlen aus anderen Quellen deutlich erschwert.

Das deutsche Verteidigungsministerium hat sich dafür stark gemacht, Militärausgaben im Rahmen des Afghanistaneinsatzes für die deutsche ODA zu berücksichtigen. Bundeskanzlerin Angela

Merkel sprach sich zuvor bereits für eine Anrechnung von Militäroperationen im Rahmen von UN-Mandaten aus. Diese Vorstöße wurden nicht nur von der Zivilgesellschaft und einzelnen Abgeordneten abgelehnt, sondern auch vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Deutsche NRO fordern von der Bundesregierung:

- Vollständige Umsetzung des nationalen „Gender-Aktionsplans“ für Entwicklungszusammenarbeit mit dem Ziel, „Gendergerechtigkeit“ zu erreichen.
- Erhöhung der Transparenz, insbesondere hinsichtlich des EZ-Budgets, der Zahlungsflüsse und der Beurteilung von Projekten und Programmen der EZ.
- Erhöhung des Anteils echter Finanztransfers, der so genannten „länderprogrammierbaren Hilfen“, bei gleichzeitiger Einhaltung der Kriterien hinsichtlich Transparenz sowie demokratischer und unabhängiger Kontrolle der Mittelverwendung.
- Bereitstellung von Entwicklungshilfe entsprechend der gesetzten Ziele zur Armutsbekämpfung sowie Sicherstellung, dass in Zukunft keine Ausgaben zur Friedenssicherung als ODA angerechnet werden.
- Verbesserung der internationalen Steuerzusammenarbeit mit dem Ziel, grenzüberschreitende Steuervermeidung und Kapitalflucht zu verhindern, damit dringend benötigte deutsche Finanzmittel für die Entwicklungshilfe zur Verfügung stehen.

Echte und aufgeblähte deutsche EZ-Ausgaben

